

NATIONALRAT
Herbstsession 2022

Fragestunde vom 26. September 2022

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für auswärtige Angelegenheiten

22.7727 Walder. Die Schweizer Bevölkerung über die Missstände im Zusammenhang mit der Fussballweltmeisterschaft in Katar informieren

Die Organisation der Fussballweltmeisterschaft in Katar, die vom 20.11. bis zum 18.12.2022 stattfindet, ist Gegenstand zahlreicher Kritik. Todesfälle auf Baustellen, Drohungen gegen LGBTIQ+-Fans oder auch der hohe Stromverbrauch werden zurecht kritisiert.

- Plant der Bundesrat, während der WM 2022 Aktivitäten durchzuführen, um die Schweizerinnen und Schweizer auf diese Missstände aufmerksam zu machen?
- Könnte er dabei Aktionen unterstützen, die von lokalen Vereinen oder Körperschaften getragen werden, wie dies in der Stadt Genf der Fall sein wird?

22.7760 Friedl Claudia. Humanitäre Resolution zu Syrien: Grenzübergang offen halten

Im UNO-Sicherheitsrat wird die humanitäre Resolution zu Syrien traditionell von zwei gewählten Mitgliedern verhandelt.

- Wird die Schweiz diese Resolution, die im Januar zur Erneuerung ansteht, mitverfassen?
- Wenn ja, wie wird die Schweiz sicherstellen, dass unsere humanitäre Tradition optimal genutzt wird, damit der Grenzübergang für mindestens 12 Monate offen bleibt, um lebensrettende humanitäre Hilfe und Schutz für die Zivilbevölkerung zu leisten?

22.7761 Molina. Schwächt das EDA die schweizweite Europa-Kompetenz, um vom eigenen Versagen im EU-Dossier abzulenken?

Nach über elf Jahren hat das EDA entschieden, das Format der Europaseminare, welche in Zusammenarbeit mit mehreren Universitäten für Bundes- und Kantonsangestellten sowie weitere Interessierte durchgeführt wurden, auf Ende 2022 ersatzlos einzustellen.

- Weshalb hat das EDA so entschieden?
- Wer hat den Entscheid gefällt?
- Wurden die Kantone sowie andere Departement bei diesem Entscheid einbezogen?
- Erachtet der Bundesrat die Europa-Kompetenz nicht mehr als wichtig?

22.7762 Marti Min Li. Frauenrechte im Iran

Laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen und Medien wurde die Iranerin Mahsa Amini von der sogenannten "Sittenpolizei" so misshandelt, dass sie ihren Verletzungen erlegen ist. Ebenso wurden kürzlich zwei Frauen wegen Einsatz für LBGTQ-Rechte zum Tode verurteilt.

- Wie beurteilt der Bundesrat die Lage der Frauen- und Menschenrechte im Iran?
- Was tut er, um die MenschenrechtsaktivistInnen zu stärken?
- Gibt es einen Zusammenhang mit der kurdischen Herkunft des Opfers?

22.7774 Addor. Teilmobilmachung in Russland: Folgen für die Schweiz?

Im Ukraine-Konflikt zeichnet sich nach der Ankündigung von dringenden Referenden in vier von Russland beanspruchten Regionen der Ukraine und einer angekündigten Teilmobilmachung, welche Russen im wehrdienstfähigen Alter betrifft, eine bedeutende Eskalation ab.

- Wie schätzt der Bundesrat die Lage ein und für wie gut vorbereitet hält er die Schweiz angesichts einer drohenden Verschärfung der Krise?
- Erachtet er bestimmte Massnahmen als notwendig, und wenn ja, welche und in welchem Zeitrahmen?

22.7777 Widmer Céline. Wie stellt die Schweiz den Familiennachzug für Afghan*innen sicher?

Viele Afghan*innen, die sich ohne gültiges Visum in Pakistan oder Iran aufhalten, erhalten von den lokalen Behörden keine Ausreisebewilligung, obwohl der Familiennachzug von der Schweiz bewilligt ist und die notwendigen Reisepapiere mit Einreisebewilligung bereits vorliegen. Eine sichere und legale Ausreise ist den Betroffenen damit nicht möglich. Wie stellen die Schweizer Vertretungen vor Ort, EDA und EJPD sicher, dass Personen mit bewilligtem Familiennachzug auch tatsächlich ausreisen können?

22.7790 Molina. Engagement der Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen

Ohne eine Resolution während der aktuellen 51. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrates (HRC) wird das Mandat des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR), über die Philippinen zu berichten, auslaufen.

- Was tut die Schweiz um sicher zu stellen, dass die Menschenrechtslage in den Philippinen nicht von der Agenda des Menschenrechtsrats verschwindet?
- Ist sie bereit, zusammen mit dem bisher federführenden Island eine Resolution an der laufenden Session einzubringen?

22.7798 Walder. Wie setzt sich die Schweiz für eine Verurteilung der Verbrechen in Tibet im UN Menschenrechtsrat ein?

Im Rahmen der laufenden 51. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates muss der UN-Sonderberichterstatter für moderne Formen der Sklaverei einen Bericht über die massive Zwangsarbeit in Tibet und Xinjiang vorlegen.

- Mit welchen Massnahmen will die Schweiz in dieser Sitzung die Verurteilung dieser offensichtlichen Verletzungen der Menschenrechte unterstützen?
- Wird die Schweiz die für den 4. Oktober 2022 geplante, von den Vereinigten Staaten getragene Veranstaltung im Menschenrechtsrat zum Thema Religionsfreiheit in Tibet mitunterstützen?

22.7812 Addor. Die Schweizer Aussenpolitik: weg von Neutralität und Zurückhaltung hin zu lautstarken Ankündigungen?

Am Rande der UNO-Generalversammlung hat der Bundespräsident die dringenden Referenden in den durch Russland eroberten Gebieten als Scheinreferenden bezeichnet und angekündigt, dass die Schweiz die Resultate dieser Referenden nicht anerkennen werde.

- Inwiefern sind solche grossspurigen Erklärungen im Interesse der Schweiz?
- Glaubt der Bundesrat nicht mehr an die Zurückhaltung als Bestandteil unserer Aussenpolitik?

22.7825 Schneider-Schneiter. Wo steckt der Europabericht?

Seitdem der Bundesrat am 23. Mai 2021 die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen abgebrochen hat, ist kein Plan in Sicht.

- Wann liefert der Bundesrat den längst angekündigten Europabericht?
- Können wir ihn bis Ende September erwarten?
- Wenn nicht, bis wann?

22.7826 Bulliard. Institutionelle Partnerschaften für die IZA-Strategieperiode 2025-2028 und Zertifizierungsstellen

In der Interpellation 20.4241 über die Zertifizierung von Hilfswerken als Voraussetzung für die Vergabe von Fördergeldern, antwortete der Bundesrat: "Sollten im Hinblick auf die IZA-Strategieperiode 2025-2028 weitere Zertifizierungen die von der DEZA geforderten Bedingungen attestieren, kann eine Berücksichtigung im Rahmen der nächsten Vergaberunde geprüft werden."

Was sind die geforderten Bedingungen welche Zertifizierungsstellen erfüllen müssen und wie sieht der Zeitplan aus?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**22.7741 Seiler Graf. In welchem Jahr wird die US-Regierung mit Lockheed Martin den Vertrag für die Schweizer F-35A aushandeln?**

Die Schweiz beschafft die F-35A via "Foreign Military Sales" von der US-Regierung zu denselben Konditionen, die diese für sich selbst zur Anwendung bringt.

- Wann wird die US-Regierung den Vertrag mit der Hersteller-Firma für das Produktionslos 19 (2027) aushandeln?

Und wann für die Lose 20 (2028) bis 22 (2030)?

- In welchem Jahr wird die US-Regierung die Preise und die Vertragskonditionen für die F-35A kennen, die für die Schweiz bestimmt sind?
- Sind die im LOA genannten Preise Schätzungen?

22.7742 Roth Franziska. Stark rückläufige Produktion von F-35 und stark steigende Stückpreise

Angesichts der Kostenexplosion und mangelnden Verfügbarkeit zogen die USA die Notbremse und fahren die Bestellungen für F-35 stark zurück. 2021 stellte Lockheed Martin für die USA und den weltweiten Absatz 160 F-35 her. Im Sommer 2022 setzte das US-Verteidigungsministerium durch, in den drei Jahren 2023-2025 im Durchschnitt jährlich nur noch 125 F-35 herzustellen - für den weltweiten Absatz.

Wie wirkt sich dieser starke Rückgang auf die künftigen Stückpreise für F-35A aus?

22.7743 Roth Franziska. Erfordert die Beschaffung der F-35A und des Patriot-Systems teuerungs- oder währungsbedingte Zusatzkredite?

Für die Beschaffung der F-35A und des Patriot-Systems resultieren pro Rappen, um den der Wechselkurs von den angenommenen 0,95 Franken pro US-Dollar abweicht, Mehr- oder Minderkosten von rund 70 Millionen Franken.

- Welche jährlichen Zahlungen sind in welchem Jahr fällig?
- Wo steht die Währungsabsicherung (Art. 70a Abs. 3 FHV); welcher Wechselkurs kommt pro Zahlungstranche voraussichtlich zur Anwendung?
- Wird der Bundesrat nachträgliche teuerungs- oder währungsbedingte Zusatzkredite beantragen?

22.7745 Dettling. Bundesrat ruft Bevölkerung zum Strom sparen auf und setzt selber auf Stromfresser beim Fahrzeugpark?

- Trifft es zu, dass der Bund Vorschriften erlassen hat, dass neue Fahrzeuge beim Bund nur noch elektrisch betrieben werden dürfen?
- Wie viel mehr Strom verbraucht der Bund allein wegen dieser neuen Regelung?
- Findet es der Bundesrat richtig, dass das Volk Strom sparen soll während der Bund Vorschriften erlässt, die zu mehr Strom Konsum führen?
- Ist er bereit, diese Vorschrift sofort zu ändern, solange nicht genug Strom vorhanden ist?

22.7766 Zuberbühler. Einsatz der Armee bei Plünderungen infolge Strom-Blackout?

Es wird von Medien immer wieder berichtet, dass man sich im Fall einer akuten Strommangellage auf extreme Szenarien wie Massendemonstrationen und Plünderungen vorbereitet. In einem solchen Extremszenario wäre die Polizei mit der Kontrolle von Demonstranten beschäftigt und eventuell müsste dann die Armee für den Objektschutz aufgeboten werden.

Plant der Bundesrat die Option eines Armeeeinsatzes zum Objekt- und Personenschutz und wie soll die Mobilisierung der einberufenen Soldaten erfolgen?

22.7802 Schlatter. Umgeht der Bundesrat die Vorgaben der GPDel bezüglich Definition von "personenbezogen erschlossenen Daten" ("Fiche")?

Die GPDel hat im Jahresbericht 2019, Seiten 3045-3046, klar ausgeführt, dass alle per Freitextsuche auffindbaren Daten als "personenbezogen erschlossen" ("Fiche") gelten und unter die Bearbeitungsschranke gemäss Artikel 5 NDG fallen.

1. Teilt der Bundesrat diese Definition von "personenbezogen erschlossenen Daten"?
2. Wie definiert er "personenbezogen erschlossene Daten" in der neuen, im Rahmen der laufenden Revision vorgeschlagenen Ablagesystematik?

22.7818 Glättli. Wieso toleriert der Bundesrat, dass der NDB Mitglieder der Bundesversammlung in sicherheitsrelevanten Datenbanken registriert und Vorgaben der GPDel unzureichend umsetzt?

Der Bundesrat verweist seiner Antwort zu 22.3620 auf 19.3836 und sagt, der NDB würde keine Parlamentarier*innen oder Parteien überwachen und hätte alle Massnahmen der GPDel umgesetzt.

Kann mir der Bundesrat erklären, wieso ich laut NDB per Mai 2022 in meiner persönlichen Fiche trotzdem 110 Einträge habe, davon über 20 in sicherheitsrelevanten Datenbanken? Diese Einträge sind klar nicht nur Einträge in "administrativen Datenbanken" wie z.B. im GEVER zu eingereichten Vorstössen.

22.7819 Trede. Bundesversammlung als gesetzgebende Instanz hat Anrecht auf Auskunft durch den NDB

Auf Frage 22.7687 sagt der Bundesrat, der NDB führe keine Statistik über die Auffindbarkeit von Personen bestimmter Berufsgruppen. Die Bundesversammlung ist aber die gesetzgebende Instanz, keine beliebige Berufsgruppe.

1. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass die Bundesversammlung Anrecht auf statistische Auskunft über die Auffindbarkeit der eigenen Mitglieder in sicherheitsrelevanten Datenbanken des NDB hat?
2. Ist er bereit, dem NDB den Auftrag zur statistischen Auskunft zu erteilen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**22.7728 Bourgeois. Die europäischen Strombörsen reformieren**

Kürzlich hat der Bundesrat im Rahmen einer Notverordnung 10 Milliarden Franken zur Verhinderung von Liquiditätsproblemen von systemkritischen Stromunternehmen bereitgestellt.

Ist er im Nachgang dazu bereit, mit der Unterstützung anderer europäischer Staaten bei den wichtigsten europäischen Strombörsen, wie der EEX oder der EPEX, zu intervenieren, um eine Reformierung des Systems anzustossen?

22.7729 Giacometti. Alpsaison 2022: zusätzliche finanzielle Mittel für den Herdenschutz

Das Parlament hat zusätzliche finanzielle Mittel in der Höhe von 5,7 Millionen Franken gesprochen, um die Herden während der Alpsaison 2022 besser vor Wolfsangriffen zu schützen.

Welche Kantone haben von diesen Geldern zur Finanzierung von dringlichen Massnahmen Gebrauch gemacht und welche Beträge wurden an die einzelnen Kantone ausbezahlt?

22.7730 Aeschi Thomas. Kein DAB+ Empfang bei einer Strommangellage? Wäre der freiwillige Weiterbetrieb von UKW nicht sinnvoller?

- Ist es ab 2025 aus dem Ausland sendenden Sendern erlaubt, über UKW frei in die Schweiz einzustrahlen?

Falls ja, weshalb soll das nicht auch aus dem Inland heraus erlaubt sein?

- Was sind die rechtlichen Grundlagen für "Geldstrafen und Sanktionen", falls jemand weiterhin im Inland sendet?

Bei einer Strommangellage ist UKW der DAB+ Technologie meilenweit überlegen. Auch im Luftschuttkeller funktioniert DAB+ im Gegensatz zu UKW nicht.

- Revidiert der Bundesrat seinen Entscheid?

22.7733 Imboden. Überdachung des geplanten Autobahnanschluss Bern-Wankdorf ("Eventstrasse")

- Ist das ASTRA bereit die gemäss einem Wettbewerbsbeitrag vorgeschlagene und technisch machbare Überdachung des geplanten Autobahnanschlusses (Eventstrasse) als Variante vertieft zu prüfen?

- Kann die Überdachung (Schätzung der Mehrkosten zwischen 25 Mio. Variante Kurt Vetter bis 50 Mio. Einschätzung Astra) über den NAF finanziert werden?

22.7735 Rechsteiner Thomas. Plastikkonvention: Wirtschaft einbeziehen!

Am 31. August 2022 hat der Bundesrat das Mandat für internationale Verhandlungen zur Ausarbeitung einer Plastikkonvention verabschiedet.

1. Wurden die interessierten und betroffenen Kreise der Wirtschaft bei der Ausarbeitung des Mandates des Bundesrates angehört?

2. Werden diese Kreise während den kommenden internationalen Verhandlungen informiert und konsultiert?

22.7737 Walliser. Torpediert der Bundesrat die Vertragsbeziehungen mit den wichtigsten Handelspartnern?

Mit der laufenden Vernehmlassung zur Teilrevision der VTS fordert der Bundesrat, dass Fahrzeuge ohne EU-Gesamtgenehmigung ab Juli 2024 faktisch nicht (mehr) zum Verkehr zugelassen werden.

- Werden mit diesem faktischen Importstopp nicht die Vertragsbeziehungen mit den wichtigen Handelspartnern wie z.B. den USA, China, Kanada, Mexiko, Türkei und anderen Staaten untergraben?
- Verletzt dieses Handelshemmnis nicht das THG und die verfassungsmässig garantierte Wirtschaftsfreiheit zahlreicher KMUs?

22.7768 Glarner. Ignoriert der Bundesrat das Cassis-de-Dijon-Prinzip?

Mit der laufenden Vernehmlassung zur Teilrevision der VTS fordert der Bundesrat, dass Fahrzeuge ohne EU-Gesamtgenehmigung ab Juli 2024 faktisch nicht mehr zum Verkehr zugelassen werden.

- Ist der Bundesrat bereit, für Fahrzeuge aus Drittmärkten eine Ausnahmegenehmigung analog den heutigen Weisungen über die Befreiung von der Typengenehmigung zu erlassen, um Artikel 16a des THG nicht zu verletzen?
- Nimmt er eine Ungleichbehandlung von Schweizer Wirtschaftsakteuren und Konsumenten ggü. beispielsweise Deutschen in Kauf?

22.7749 Haab. Nimmt der Bundesrat den Parlamentsauftrag für einen Erlass zu neuen Züchtungsmethoden (NZT) ernst?

Gemäss Artikel 37a muss der Bundesrat einen Erlassentwurf für eine risikobasierte Zulassungsregelung für NZT ohne transgene DNA ausarbeiten. Die gesetzgeberische Absicht ist, dass solche Produkte den Weg auf das Feld und in die Verkaufsregale finden.

- Wird eine Gleichbehandlung der NZT ohne transgene DNA mit der klassischen Mutagenese ernsthaft verfolgt?
- Falls nicht, wie gedenkt der Bundesrat sicherzustellen, dass die hiesige Landwirtschaft NZT schon bald im Feld einsetzen kann?

22.7750 Python. Energie- und Klimakrise: Welche Konsequenzen könnte der Vertrag über die Energiecharta für die Schweiz haben?

Der Vertrag über die Energiecharta gibt Investorinnen und Investoren die Möglichkeit, Regierungen, die ihre Energiepolitik anpassen, gerichtlich zu belangen.

Die Energie- und Klimakrise veranlasst unsere Regierung, Entscheidungen zu treffen, die konträr zu den Interessen von multinationalen Unternehmen und Investorinnen und Investoren stehen. Der Vertrag erlaubt es ihnen aber, Regierungen vor einem Schiedsgericht zu belangen.

- Befürchtet der Bundesrat in diesem Kontext Klagen gegen die Schweiz?
- Wenn ja, zu welchem Gegenstand?

22.7751 Fluri. Wie unterstützt der Bundesrat die Gemeinden, Städte und Kantone im Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und gegen die biodiversitätsschädigende Wirkung gewisser Subventionen II

Der Bundesrat schreibt auf meine Ip. 22.3422, dass es auf allen Staatsebenen wirksame Massnahmen braucht, um die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen.

- Prüft er bei der Entwicklung der "Toolbox Agenda 2030 für Kantone und Gemeinden bzw. im Rahmen des Arbeitsprogrammes der Tripartiten Konferenz, wie allfällige schädigende Wirkungen von Subventionen minimiert bzw. verhindert werden können?
- Wenn ja, wie geht er vor?
- Wenn nein, warum nicht?

22.7752 Fluri. Wie unterstützt der Bundesrat die Gemeinden, Städte und Kantone im Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und gegen die biodiversitätsschädigende Wirkung gewisser Subventionen II

Der Bundesrat schreibt auf meine Ip. 22.3422, dass es auf allen Staatsebenen wirksame Massnahmen braucht, um die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Nachhaltig ist beispielsweise nicht, wenn Subventionen biodiversitätsschädigend wirken.

- Prüft er im Rahmen der Evaluation der Agglomerationspolitik und deren Weiterentwicklung denn auch, wie schädigende Wirkungen von Subventionen minimiert bzw. verhindert werden können?
- Wenn ja, wie geht er vor?
- Wenn nein, warum nicht?

22.7754 Regazzi. Wartezeit am Gotthard: Weshalb ist die Wartezeit bei Stau auf der Südseite des Gotthard-Tunnels länger als auf der Nordseite?

Der Stau am Gotthard ist leider die Regel geworden, und die Verkehrsdurchsagen melden jeweils zuverlässig die Wartezeiten auf der Süd- und der Nordseite des Gotthards. Seltsamerweise scheinen die Wartezeiten auf der Südseite stets länger zu sein als auf der Nordseite. Ein Beispiel: Am 16. September 2022 wurden um 12 Uhr auf der Südseite ein Stau von 4 km und auf der Nordseite von 6 km mit je einer Stunde Wartezeit gemeldet. Wie erklärt sich dieser Unterschied und was wird unternommen, um diese Ungleichheit zu korrigieren?

22.7763 Zuberbühler. Verstösst die Schweizerische Post mit der Herausgabe einer Ereignismarke "Ehe für alle" gegen die politische Neutralität?

Per 1. Juli 2022 hat die Schweizerische Post, die zu 100 Prozent dem Staat gehört, eine Ereignismarke zur "Ehe für alle" herausgegeben. Die Post positioniert sich damit eindeutig politisch.

- a. Sollte die Post nicht die gesamte Bevölkerung vertreten und sich damit einseitiger politischer Parteinahme enthalten?
- b. Erachtet der Bundesrat die Positionierung der Post auch als polarisierend und gesellschaftsspaltend?
- c. Wird die Post die Briefmarke zurückziehen und die Restauflage vernichten?

22.7764 Nussbaumer. Energierückhalt in den schweizerischen Alpenrandseen

Wie gross ist die Energiemenge, welche in den grossen schweizerischen Alpenrandseen für die Stromproduktion in den Abflüssen zurückgehalten werden kann, wenn die Pegelstände im Winterhalbjahr nicht - oder erst verspätet - abgesenkt werden?

22.7765 Haab. Schaffung raumplanerischer Voraussetzung für kantonale Lösungen für eine angemessene Unterbringung von saisonalen Erntehelfern auf landwirtschaftlichen Spezialbetrieben

Mit der Herstellung von regionalen Produkten leisten landwirtschaftliche Spezialbetriebe einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz. Für die Produktion und Ernte sind die Betriebe auf saisonale Erntehelfer angewiesen. Im Moment gibt es keine rechtliche Grundlage, um Wohnraum für saisonalen Erntehelfer zu erstellen.

Ist der Bundesrat gewillt die raumplanerischen Voraussetzungen für die Kantone zu schaffen, um auf den Betrieben für saisonale Erntehelfer eine angemessene Unterbringung zu ermöglichen?

22.7772 Brenzikofer. Doppelstockzüge nach München?

Die bisherigen Pläne der SBB sahen vor, zur Kapazitätssteigerung auf der Strecke nach München Doppelstockzüge des Typs FV Dosto einzusetzen. Mit dem Verzicht auf die Wankkompensation können diese Züge die Fahrzeiten nicht einhalten, was ihren Einsatz nach München in Frage stellt.

- Kann der Bundesrat dies bestätigen?
- Ist er bereit, für kurzfristige punktuelle Ausbauten auf der deutschen Strecke finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen?

22.7773 Brenzikofer. Eurocity nach München bieten zu wenig Platz

In nur 3,5 Stunden fahren EC-Züge seit kurzem von Zürich nach München (und v.v.). Die zu Beginn grossen Verspätungen nehmen langsam ab. Stattdessen taucht ein neues Problem auf: Die täglich 6 Züge können die gestiegene Nachfrage immer häufiger nicht bewältigen.

- An wie vielen Tagen im 2022 waren diese Züge auf Teilstrecken überfüllt?
- Welche Züge und welche Tage sind am stärksten betroffen?
- Wie kann die Kapazität kurzfristig erhöht werden?

22.7775 Clivaz Christophe. Wie ist der Stand betreffend die Förderung der Biodiversität in den Gemeinden?

Als Antwort auf meine Frage 22.7523 und meine Anfrage 22.1033 hat der Bundesrat versprochen, im Verlauf des Sommers 2022 ein Dokument zuhanden der Gemeinden zu veröffentlichen, das Empfehlungen zur Förderung der Natur in urbanen Gebieten, zur Entwicklung von qualitativem Lebensraum und zur Vernetzung in den urbanen Zonen enthalte.

- Wurde diese Publikation veröffentlicht?

Wenn nicht, warum nicht?

Wenn ja, wo?

- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass seine Empfehlungen von den Gemeinden umgesetzt werden?

22.7776 Clivaz Christophe. Warum wird die Wasserkraftreserve durch die Konsumentinnen und Konsumenten finanziert?

Die Betreiber von Kraftwerken wurden in den letzten Jahren via Marktprämie, die durch die Konsumentinnen und Konsumenten finanziert wird, mit mehreren hundert Millionen Franken unterstützt. Für die Wasserkraftreserve werden sie etwa 700 Millionen Franken enthalten, die ebenfalls von den Konsumentinnen und Konsumenten getragen werden. Nach dem Winter können sie das Wasser dieser Reserve turbinieren, und den damit produzierten Strom zu einem erhöhten Preis verkaufen.

Warum hat der Bundesrat keinen Mechanismus angedacht, der die Konsumentinnen und Konsumenten nichts kostet?

22.7780 Bourgeois. Bauabschluss der A9: Aufsicht durch das ASTRA?

Die Fertigstellung der A9 im Wallis zieht sich in die Länge und es wurden Missstände festgestellt.

Angesichts der Tatsache, dass das Projekt zu 96 Prozent durch den Bund finanziert wird, frage ich den Bundesrat, wann die Bauarbeiten voraussichtlich abgeschlossen sein werden und ob das ASTRA solche Arbeiten nicht enger begleiten sollte, um sicherzustellen, dass die Steuergelder richtig investiert werden.

22.7789 Marti Samira. Lärmbelastung der A22 in Lausen (BL)

Seit Jahren leiden die Anwohnenden in Lausen (BL) unter den Lärmemissionen der A22. Der Zustand der Strasse ist nicht nur schlecht, sondern überschreitet seit dem 31. März 2018 sogar gesetzliche Lärmgrenzwerte. Vor einem Jahr liess das ASTRA verlauten, man beurteile die Lage aktuell und würde wo nötig Massnahmen ausarbeiten.

Zu welchem Schluss ist man bei dieser Analyse zwischenzeitlich gekommen, welche Massnahmen werden nun konkret geprüft?

22.7791 Strupler. Mehr Wasserbaumassnahmen und Renaturierungen ermöglichen in Waldflächen

Es ist störend, dass bei Wasserbaumassnahmen auf Waldgebiet die Flächen meist auf Landwirtschaftlichen Nutzflächen kompensiert werden müssen und somit Fläche für die Nahrungsmittelproduktion verschwinden. Somit stossen diese Projekte auf zusätzlichen Widerstand.

Wäre es deshalb für den Bundesrat eine Möglichkeit, das Waldgesetz dahingehend anzupassen, dass die bei Wasserbaumassnahmen, Hochwasserschutz, Renaturierungen und Revitalisierungen benötigten Waldflächen nicht kompensiert werden müssen?

22.7794 Dettling. Das BAFU fordert aber liefert nicht

Das BAFU forderte die Kantone auf für die Bodenkartierung zum Sachplan Fruchtfolgefläche Projekte zu machen. Der Kanton Schwyz hat ein solches Projekt gemacht, bereit für das BAFU. Nun hat aber das BAFU mitgeteilt, man hätte kein Geld.

- Warum fordert das BAFU die Kantone auf, solche Projekte zu machen, wenn die Finanzierung nicht sichergestellt ist?
- Ab wann können die Kantone nun definitiv mit einer finanziellen Beteiligung durch das BAFU für solche Projekte rechnen?

22.7795 Masshardt. Längerfristige Lieferverträge der Gasnetzbetreiber

Am 18. Mai 22 verpflichtete der Bundesrat die Gasbranche, Speicher in den Nachbarländern und Optionen für zusätzliche Gaslieferungen für den kommenden Winter zu sichern. Über diese zusätzlichen Lieferungen müssen die Gasnetzbetreiber dem Bund Informationen zukommen lassen und können deren Kosten über die Netznutzungsentgelte an die Konsumentinnen und Konsumenten weiterreichen. Hat der Bundesrat auch Informationen über die längerfristigen Lieferverträge oder Termingeschäfte der Gasnetzbetreiber?

22.7797 Bircher. Bevölkerungswachstum 2022 und Einfluss auf die Energiekrise

- Um wie viele Personen wird die Schweiz 2022 wachsen (brutto und netto) inklusive aller Ausländerkategorien (PFZ, Drittstaaten, Asyl, S Status, illegale Migration etc.?)
- Wie viel Strom und Gas brauchen diese Personen pro Jahr (Schätzung)?

22.7803 Roth Pasquier. Wie kann es der Bundesrat Gemeinden ermöglichen, ihre öffentliche Beleuchtung auszuschalten, ohne gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu verstossen, die sie bei Unfällen haftbar machen?

Die Gemeinden stecken bei der öffentlichen Beleuchtung in einer Zwickmühle. Möchten sie ihre öffentliche Beleuchtung ausschalten, um Energie zu sparen, werden sie daran durch das Strassenverkehrsgesetz gehindert, das sie dazu verpflichtet, Fussgängerstreifen aus Sicherheitsgründen zu beleuchten. Zahlreiche Gemeinden sind noch nicht dazu in der Lage, ihre Beleuchtung nur an einzelnen Orten auszuschalten. Wie kann der Bundesrat dafür sorgen, dass Gemeinden nicht gegen das Gesetz verstossen, wenn sie ihre öffentliche Beleuchtung ausschalten?

22.7806 Friedli Esther. Wie viel Kulturland geht mit all den beschlossenen Gesetzen und öffentlichen Projekten verloren?

Kulturland ist die Basis für die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln. Mit verschiedenen neuen Gesetzen und öffentlichen Projekten verliert die Schweiz laufend Kulturland.

- Wie viel Kulturland ging in der Schweiz in den letzten 5 Jahren aufgrund von neuen öffentlichen Bauten, Strassen, Velowegen, Renaturierungen, Gewässerschutzmassnahmen und neuen Gesetzen verloren?
- Mit welchem Kulturlandverlust rechnet der Bundesrat aufgrund öffentlicher Projekte und neuer Gesetze in den nächsten 5 Jahren?

22.7807 Friedli Esther. Wer bezahlt die Schäden von Nutztieren, wenn die Gänsegeier vor der Wildhut den Kadaver zerfressen?

Bei Rissen von Nutztieren durch Grossraubtiere muss ein Wildhüter eindeutig feststellen, dass der Riss durch ein Grossraubtier geschehen ist. In unwegsamem Gelände kommen immer mehr Gänsegeier vor der Wildhut an den Schadensplatz. Diese vertilgen den Kadaver so, dass ein eindeutiger Grossraubtierriß nur noch schwer identifizierbar ist. Wie gedenkt der Bund die Entschädigung von gerissenen Nutztieren zu regeln, die vom Geier gefressen werden, bevor die Wildhut den Riss beurteilt hat?

22.7809 Candinas. Wer profitiert wie stark vom Monitoring von Grossraubtieren, insbesondere von Wölfen?

1. Wie hoch sind die Ausgaben des Bundes für das jährliche Monitoring von Grossraubtieren, insbesondere von Wölfen (direkte Aufträge, via Beitragswesen, Zahlungen an Kantone, allenfalls weitere)?
2. Welche Organisationen/Unternehmen sind darin eingebunden und mit welchen Beträgen werden diese entgolten?
3. Welche fachlichen Anforderungen werden an die Empfänger gestellt? Wie wird die Einhaltung überprüft (Qualitätskontrolle)?
4. Sind dem Bund die Zusatzaufwendungen der Kantone bekannt?

22.7810 Candinas. Wird die Rückstufung des Schutzstatus des Wolfes von "streng geschützt" auf "geschützt" an der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses der Berner Konvention vom November 2022 traktandiert?

Auf meine Frage 22.7270 schreibt der Bundesrat: "Das zuständige Bundesamt für Umwelt engagiert sich für die Traktandierung des Antrags. Über die Traktandenliste des Ständigen Ausschuss entscheidet das Büro der Konvention entweder an seiner Sitzung im April oder im September."

1. Was hat das BAFU seit März 2022 ganz konkret für die Traktandierung und Rückstufung unternommen?
2. War das BAFU erfolgreich und wird der Ständige Ausschuss im November über eine Rückstufung befinden?

22.7814 Buffat. Verminderung der CO2-Emissionen. Schutzbedürftige und Sans-Papiers

Mit der Ratifizierung des Pariser Übereinkommens am 6. Oktober 2017 hat sich der Bundesrat verpflichtet, bis 2030 die Emissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent zu reduzieren. Er hat zudem das Ziel angekündigt, bis 2050 die Emissionen um 75-80 Prozent zu vermindern (indikatives Gesamtreduktionsziel).

- Inwieweit wird den Emissionen, die durch eine Zunahme der Bevölkerung verursacht werden, in diesen Zielen Rechnung getragen?
- Inwieweit können die Emissionen im Zusammenhang mit Schutzbedürftigen und Sans-Papiers von diesen Zielen abgezogen werden?

22.7815 Wismer Priska. Einzahlungen der Windenergie in den Fonds des Bundes für erneuerbare Energien (Netzzuschlagfonds)

Die Strompreise sind seit rund einem Jahr massiv gestiegen. Dies hat dazu geführt, dass von einigen Erzeugern von erneuerbarem Strom nicht Geld aus dem Netzzuschlagfonds bezogen, sondern im Gegenteil eingezahlt wurde.

Wie viel hat die Schweizer Windkraft seit dem 4. Quartal 2021 in den Fonds einbezahlt?

22.7820 Glättli. Die Stromlücke ist eine Effizienzlücke

Wie das BFE bereits Anfang Jahr in einem Bericht festgehalten hat, ist die Stromlücke wesentlich eine Effizienzlücke. Heute wird massiv Strom verschwendet - über 20 TWh. Eine Eindämmung der Verschwendung und Stärkung der Effizienz ist zudem rascher zu erreichen und günstiger als der Zubau von Energieproduktion.

Mit welcher Strategie realisiert der Bundesrat Quick-Wins im Bereich der Effizienz angesichts der aktuell drohenden Versorgungskrise?

22.7822 Binder. Versorgungssicherheit fördern. Solar- und Windkraft-Strom aus privater Produktion nicht erschweren

In der Schweiz ist der Strommarkt nur für Unternehmenskunden liberalisiert. Es behindert die private Produktion aus Solar- und Windkraftenergie. Auch der seit 2018 mögliche "Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV)" gibt den lokalen Lieferanten zu viel Einfluss.

- Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, die Stromproduktion und den Stromaustausch auch in EFH-Siedlungen oder Klein-Quartieren zu fördern?
- Ist er bereit, Gesetzesänderungen vorzuschlagen, zugunsten der privaten Produktion?

22.7830 Fivaz Fabien. Wie werden die Bauabfälle der A20 verwertet?

Am 27 Juli 2020 hat die Tageszeitung ArcInfo gemeldet, dass die zukünftige Baustelle der A20 (Umfahrung Le Locle) 3 Millionen Tonnen Abfälle produzieren würde und dass nur 50 bis 60 Prozent davon per Schienenverkehr zu Verwertungsstellen transportiert würden.

- Sind diese Angaben exakt?
- Was geschieht mit den restlichen 40 bis 50 Prozent?
- Wäre es im Rahmen des Materialbewirtschaftungskonzepts, das zurzeit ausgearbeitet wird, nicht konsequent, alle Abfälle per Schienenverkehr abzutransportieren?

22.7834 Gugger. Förderung der Gütertransporte

Die Motion Herzog zur Förderung der Gütertransporte auf dem Rhein wurde 2020 angenommen. Zwischenzeitlich hat sich die Situation für die Binnenschifffahrt und Hafenlogistik weiter verschlechtert. Durch die Verknappung von Schiffsraum (Abzug von Schiffen für Getreide ex Ukraine und Kohletransporte für Deutschland) sowie extremes Niederwasser sind die Transportkosten enorm angestiegen.

Welche kurzfristigen Massnahmen werden getroffen um weiterhin eine ökologische Landesversorgung zu gewährleisten?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**22.7734 Maitre. Praktikable Lösungen für die Betreuung zu Hause (Live-in-Betreuung)**

Ein Bundesgerichtsurteil (BGE 2C_470/2020), beziehungsweise dessen Auslegung durch das SECO, macht die Betreuung von Seniorinnen und Senioren zu Hause (Live-in-Betreuung) durch eine einzige Person in der Praxis unmöglich, wenn diese Person von einem Verleiher angestellt ist - obwohl der Personalverleih gesetzlich geregelt ist und von den Sozialpartnern reguliert wird und somit den Arbeitnehmenden mehr Sicherheit bietet als eine direkte Anstellung.

Was unternehmen Bundesrat und SECO, um praktikable Lösungen auf diesem Gebiet zu ermöglichen?

22.7753 Wettstein. Reduktion des Energieverbrauchs im Handel mit Kryptowährungen

Der Zahlungsverkehr und Handel mit Kryptowährungen verursacht immensen Stromverbrauch.

- Welche Möglichkeiten des Eingriffs und der Regelung hat die Schweiz, diesen Energieverschleiss zu senken?
- Welches wären die kurzfristig möglichen Massnahmen in Zeiten einer Strommangellage, welche unser Land ergreifen könnte?
- Wird das Thema von OSTRAL, der Organisation der Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen, bearbeitet?

22.7781 Baumann. Drei Bundesämter entwickeln eine Klimastrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft - wie sieht es mit einer Biodiversitätsstrategie in diesem Bereich aus?

Der Bundesrat erklärt auf meine Frage 22.7446 zur drohenden Mangellage aufgrund der aktuellen Biodiversitäts- und Klimakrise, man sei beim BLW, BLV und BAFU an einer gemeinsamen Klimastrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft, die dieses Jahr veröffentlicht werde.

- Wie ist die Zusammenarbeit der drei Ämter zur Ernährungssicherheit angesichts der Biodiversitätskrise organisiert?
- Ist auch eine Biodiversitätsstrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft in Arbeit?

22.7782 Baumann. Versorgungssicherheit durch Resilienz

Auf die Ip. 22.3032 schreibt der Bundesrat, durch die Erhaltung der fruchtbaren Böden, der Biodiversität und der übrigen Produktionsgrundlagen sowie der Verarbeitungskapazitäten soll eine hohe Resilienz der Inlandproduktion von Nahrungsmitteln sichergestellt werden. Wichtig dafür seien ressourceneffiziente Technologien sowie standortangepasste und resistente Sorten und Kulturen.

- Was macht der Bundesrat konkret, um dies sicherzustellen und zu fördern?
- Was ist zusätzlich zu tun?

22.7784 Wehrli. Wie steht es um die Medizintechnik-Unternehmen?

Aufgrund der aktuell stockenden Gespräche mit der Europäischen Union haben Schweizer Unternehmen aus der Medizintechnik-Branche nach wie vor keinen liberalisierten Zugang zum europäischen Markt mehr.

- Welche Konsequenzen hat dies für die Schweiz (Arbeitsplatzverluste, Unternehmensverluste, zusätzliche Kosten für importiertes Sanitätsmaterial etc.)?
- Welche Massnahmen beabsichtigt der Bundesrat zu ergreifen, um diese nachteilige Situation zu verbessern und um zu verhindern, dass sich zahlreiche Unternehmen in der Europäischen Union statt in der Schweiz niederlassen?

22.7792 Meyer Mattea. Bei einer drohenden Mangellage wird insbesondere das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung stark gefordert sein

Ende November wird der aktuelle Delegierte in Pension gehen.
Wann wird bekannt, wer in dieser herausfordernden Situation die Nachfolge antreten wird?

22.7793 Wermuth. Wann informiert der Bundesrat endlich Wirtschaft und Haushalte über die Massnahmen im Falle einer Strommangellage?

Für Unternehmen und Haushalte ist in Zeiten der Krise Planungssicherheit zentral.

- Gedenkt der Bundesrat noch im September die Öffentlichkeit zu informieren, wie er im Falle einer Strommangellage vorgehen will?
- Hat er vor, die entsprechende Verordnung analog zum Gas zu veröffentlichen und zu konsultieren?

Wenn nein, warum?

22.7799 Munz. Versorgungssicherheit: Biodiversitäts- und Klimaziele angemessen berücksichtigen und Massnahmen in der Landwirtschaftspolitik ergreifen

Der Bundesrat antwortet auf das Postulat 20.3433, dass er bereit sei, auf Basis einer Gesamtschau bezüglich Auslandsabhängigkeit und Versorgungssicherheit die richtigen Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Der Ukrainekrieg kommt jetzt noch dazu.

- Bis wann will er eine solche Gesamtschau publizieren?
- Wird dabei die Biodiversitäts- und Klimaziele und die Tragfähigkeit der Ökosysteme angemessen berücksichtigt?
- Werden dabei Massnahmen für die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik aufgezeigt?

22.7800 Herzog Verena. Fragwürdige Forschungsgelder für SP-Aktivistin

Leandra Dias, UNI Bern, untersucht wie Wähler von der SVP abgeworben werden können.

- Beahlt der Bund an dieses Projekt, damit es unter Horizon Europe durchgeführt werden kann und wie hoch ist der finanzielle Beitrag?
- Welchen Nutzen sieht der Bundesrat in einer solchen Arbeit, unabhängig davon, welche Partei zitiert wird?

22.7804 Herzog Verena. Wie viel kostet ein Medizinstudium in der Schweiz?

Das Ausbilden eines Arztes gilt gemeinhin als teuerstes Studium. Für die Schweiz gibt es keine klaren Zahlen für die Kosten eines Medizinstudiums.

Wie viel kostet die vollständige Ausbildung eines Medizinstudenten und wie hoch sind die Unterschiede in den Kosten an den verschiedenen medizinischen Fakultäten?

22.7811 Regazzi. Sanktionen gegen Russland: Die Verordnung erlaubt den Handel mit und den Transport von russischem Öl, verbietet aber andere Dienstleistungen, ohne die ein Verkauf nicht möglich ist.

Der Handel mit russischem Öl ist von den Sanktionen gegen Russland nicht erfasst, sofern das Öl nicht in die Schweiz geliefert wird. Artikel 12b der Verordnung enthält keine solche territoriale Beschränkung und untersagt Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Transport generell.

- Beabsichtigt der Bundesrat, den Grundsatz der Gleichbehandlung zu respektieren und die Schweizer Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten nicht zu benachteiligen?
- Wäre er bereit, die Verordnung in Bezug auf die in Artikel 35 Absatz 15 festgelegte Übergangsperiode anzupassen?

22.7816 Imboden. Energiesparen: Leuchtreklamen und Dekorationsbeleuchtung ausschalten II

Gemäss Artikel 32 Landesversorgungsgesetz kann der Bundesrat bei "einer unmittelbar drohenden oder bereits bestehenden schweren Mangellage" "zeitlich begrenzte wirtschaftliche Interventionsmassnahmen" beschliessen um den Energieverbrauch einzuschränken (22.7574).

- Droht nicht bereits heute eine Mangellage?
- Wie definiert der Bundesrat eine unmittelbar drohende schwere Mangellage?
- Wie hoch ist die Einsparung, wenn Leuchtreklamen und Dekorationsbeleuchtungen ab 22h abgeschaltet werden?

22.7823 Weichelt. Wie viele Gelder fliessen in die Kinderonkologie-Forschung?

Der Bundesrat ist gebeten, Auskunft zu geben über: "Welcher Bundesbetrag fliesst in die Kinderonkologie-Forschung und wie viel Prozent macht dies vom totalen Forschungsbudget des Bundes aus"?

22.7832 Müller-Altermatt. Was passiert mit der Strom produzierenden Infrastruktur in Mangellagen?

Bei Strommangellagen werden Bewirtschaftungsmassnahmen auf der Produktions- wie auch auf der Verbrauchsseite ergriffen. Es gibt aber zahlreiche Infrastrukturen, die sowohl Strom verbrauchen als auch produzieren (z.B. Kläranlagen, Kehrlichtverbrennungsanlagen etc.).

Wie wird in der Mangellage verhindert, dass durch Bewirtschaftungsmassnahmen auf der Verbrauchsseite solche Strom erzeugende Infrastruktur unterversorgt wird und dadurch die Produktionsseite leidet?

22.7833 Müller-Altermatt. Kommunale Infrastruktur in der Strommangellage

Der Ausfall von kommunaler Infrastruktur wie Trinkwasserversorgungen oder Kläranlagen zeitig schnell weitreichende Folgen. Die Infrastrukturen und/oder ihre Steuerung sind oftmals über die Unterwerke so ans übergeordnete Stromnetz angeschlossen, dass es nicht möglich ist, sie separat mit Strom zu versorgen, sollten die umgebenden Gebiete von Verbrauchseinschränkungen betroffen sein.

- Wie wird im Falle einer Strommangellage damit umgegangen?
- Wird kommunale Infrastruktur im Notfall privilegiert?

22.7835 Gugger. Wie ambitioniert sollen Biodiversitätsschäden vermieden werden?

Auf meine Frage 22.7539, weshalb die Biodiversität im Kulturland trotz hoher Zahlungen schwinde, sagt der Bundesrat, der Bericht der GPK-S zeige, dass die geplanten Massnahmen "in die richtige Richtung gehen". Laut GPK-S "reichen die bisher ergriffenen Massnahmen eindeutig nicht aus, um den Rückgang der Artenvielfalt zu verhindern."

- Wenn die Richtung stimmt, was sagt der Bericht zu Zielen, Tempo und Ressourcen?
- Wieso werden 4 Agrarsubventionen überprüft, obwohl das WSL 40 identifiziert hat?

Departement des Innern**22.7732 Imboden. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bei hohen 43,2 Prozent**

Der Bericht Gender Overall Earnings Gap zeigt geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede von 43,2 Prozent auf, die im europäischen Vergleich hoch liegen. Das bedeutet, dass das Einkommen von Frauen, bezogen auf alle im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren geleisteten Arbeitsstunden, 43,2 Prozent niedriger ist als das der Männer. Im Alter (Gender Pension Gap) belief sich die Differenz auf 34,6 Prozent.

- Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesrat aus dem Bericht?
- Welche Massnahmen wird er ergreifen?

22.7746 Locher Benguerel. Letzte verfügbaren Zahlen zur Betreuungsentschädigung

Der Bundesrat führte zu 22.3608 im Ständerat aus, dass von 1. Juli 2021 bis 1. Juli 2022 in 720 Fällen Betreuungsentschädigung bezogen wurde.

Dies führt mich zu folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten?
2. Gibt es auch Zahlen für Kosten und Fälle bis Ende Juli oder August 2022?

22.7748 Locher Benguerel. Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken: Sofortmassnahmen gefragt

Es braucht dringend Massnahmen, um die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu stärken und zur Versorgungssicherstellung, da die Situation sehr angespannt ist. Am 16. Juni 2021 hat der Nationalrat das Postulat 21.3457 überwiesen. Dieses ist dringlicher denn je:

- Wie sieht der konkrete Zeitplan in Bezug auf den Bericht aus?
- Wo stehen die Arbeiten und wann ist mit einer Veröffentlichung zu rechnen?
- Wird der Bundesrat bereits jetzt aktiv und falls ja, mit welchen dringlichen Massnahmen?

22.7755 Regazzi. Steigende Unfallzahlen in den Bergen: Es braucht eine Sensibilisierungskampagne

Mit der Pandemie und den steigenden Temperaturen haben viele Menschen das Wandern für sich entdeckt. Oft wandern sie aber ohne die nötige Vorbereitung und die richtige Ausrüstung. Dies hat dazu geführt, dass die Einsätze der Bergrettungskräfte deutlich zugenommen haben und dass es immer öfter zu Unfällen mit tödlichem Ausgang kommt. Die bereits laufenden Informationskampagnen zeigen offenbar keine konkreten Erfolge. Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dass die Bevölkerung noch stärker sensibilisiert werden sollte?

22.7756 Python. 1. Mit welchen Massnahmen kann verhindert werden, dass trächtige Tiere im Schlachthaus landen?

In seiner Stellungnahme zur Interpellation 22.3547 schreibt der Bundesrat, dass das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen die "betreffend Tierwohl ausgewogene Branchenlösung" mitträgt, die von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Proviande erarbeitet wurde.

Was ist hier mit dem Begriff der Ausgewogenheit genau gemeint?

22.7757 Python. 2. Mit welchen Massnahmen kann verhindert werden, dass trächtige Tiere im Schlachthaus landen?

In seiner Stellungnahme zur Interpellation 22.3547 erwähnt der Bundesrat die laufende Revision der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten und dass vorgesehen ist, eine Erfassung der Trächtigkeiten im letzten Drittel der Trächtigkeit in die Verordnung aufzunehmen.

Wann wird diese Revision abgeschlossen sein?

Ist es vorstellbar, dass die Züchterinnen und Züchter Material erhalten und entsprechend geschult werden, um selbst Diagnosen ab dem ersten Drittel der Trächtigkeit (Urintests, Bluttests, Ultraschalluntersuchungen usw.) vornehmen zu können?

22.7767 Feri Yvonne. Unterstützung für Menschen in finanziell schwachen Verhältnissen

In der Schweiz sind über 700 000 Menschen von Armut betroffen, ebenso viele sind von Armut bedroht. Nicht alle Betroffenen sind über die Sozialwerke erfasst und je nach Kanton ist auch die Unterstützung durch die IPV nicht gewährleistet. Sie profitieren nicht von einer angepassten Teuerung bei den Sozialwerken, auch nicht zwingend von einer erhöhten IPV.

Wie beabsichtigt der Bundesrat diese Personengruppe zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf die stärker steigenden Lebenskosten ab 2023?

22.7769 Glarner. Wo ist das Recht der Bevölkerung auf transparente Information bei den geschwätzten Impfverträgen?

Am 3. August hat das BAG die stark geschwätzten Verträge mit den Covid-Impfstoffherstellern veröffentlicht, die in dieser Form nichts mehr aussagen. Offenbar hat der Bundesrat kein Interesse an einer richtigen, transparenten Kommunikation. Es stellt sich also die Frage:

Sind dem Bundesrat die Interessen von ausländischen Grosskonzernen wichtiger als unsere Bundesverfassung und das Recht der Bevölkerung auf Transparenz und unverfälschte Information und wie begründet er diese Haltung?

22.7770 Glarner. Ist eine Hautfarbe schützenswerter als die andere oder gilt der Schutz gegen Diskriminierung für alle? (1/2)

Bei der Beantwortung der Frage 22.7612 definiert der Bundesrat Rassismus als "historisch gewachsene Ausgrenzung und Benachteiligung gewisser Gesellschaftsgruppen". Dies sei bei mehrfachen Verweigerungen von Auftrittsmöglichkeiten weisser Dreadlock-Träger nicht der Fall.

1. Wäre die Verweigerung eines öffentlichen Auftritts, begründet mit der dunklen Hautfarbe eines Musikers rassistisch?
2. Kann sich jede Person auf Artikel 8 BV berufen (unabhängig der Hautfarbe), auch ein weisser Musiker?

22.7771 Glarner. Ist eine Hautfarbe schützenswerter als die andere oder gilt der Schutz gegen Diskriminierung für alle? (2/2)

In Bezug auf die Frage 22.7612 scheint die Woke-Bewegung dem Bundesrat keine Sorgen zu bereiten.

1. Wie bewertet der Bundesrat die Verweigerung eines öffentlichen Auftritts aufgrund der Hautfarbe einer Person?
2. Welche Rechtsgrundlagen schützen weisse Menschen in der Schweiz vor Diskriminierung aufgrund
 - a. ihrer Hautfarbe,
 - b. ihrer Frisur oder
 - c. deren Kombination?

22.7783 Gysin Greta. Veröffentlichung des GREVIO-Berichts über die Schweiz und Änderung des Strafgesetzbuchs: Wie wird sichergestellt, dass die Kommission für Rechtsfragen und der Nationalrat rechtzeitig Kenntnis davon haben?

Der GREVIO-Bericht über die Umsetzung der Istanbul-Konvention wird demnächst veröffentlicht und es ist anzunehmen, dass darin die derzeitige Änderung des Strafgesetzbuchs erwähnt wird, denn die Konvention legt den Grundsatz des Einverständnisses als Grundlage für die Definition von Vergewaltigung fest.

- Kann der Bundesrat sagen, wann der Bericht veröffentlicht wird?
- Ist er darum bemüht, dafür so sorgen, dass der Bericht veröffentlicht wird, bevor die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats die Beratung der Revision fortführt, sodass die Kommission und anschliessend der Nationalrat den Bericht berücksichtigen können?

22.7786 Nantermod. Die Behandlungsqualität in der Psychiatrie sicherstellen und die obligatorische Krankenpflegeversicherung nicht unnötig belasten

Laut der NZZ vom 18. September 2022 kommt es in der Psychiatrie aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse zu Fehlern. Alle ausländischen Psychiaterinnen und Psychiater, die eine Praxis eröffnen und über die obligatorische Krankenpflegeversicherung abrechnen, müssen über das Sprachniveau C1 verfügen. In psychiatrischen Kliniken ist jedoch das Niveau B2 ausreichend. Dies hat dramatische Folgen für die Patientinnen und Patienten und für die Versicherung.

- Ist sich der Bundesrat des Problems bewusst und will er es angehen?
- Besteht dieses Problem auch in anderen Bereichen?

22.7787 Humbel. Keine Verteuerung von bewährten und kostengünstigen Arzneimitteln

Nachdem der Nationalrat der Motion 19.3005 am 5. Juni 2019 klar zugestimmt hat, wurde sie am 8. Juni 2022 auch vom Ständerat angenommen. Damit wurde der Bundesrat beauftragt, sicherzustellen, dass durch die Umteilung der Arzneimittel der Liste C in die Liste B, keine zusätzlichen Kosten und Aufwände für das Gesundheitssystem entstehen. Wie und bis wann gedenkt der Bundesrat diesen Auftrag umzusetzen und wie sieht er die Umsetzungsfrist?

22.7788 Humbel. Digitale Gesundheitsanwendungen zur Verbesserung von Patientensicherheit und Kosteneffektivität

Digitale Gesundheitsanwendungen haben das Potential, das Gesundheitssystem rasch, kosteneffektiv und zum Nutzen der Patientensicherheit weiterzuentwickeln. Die bestehenden Tarif-Systeme bilden digitale Anwendungen unzulänglich ab, weshalb diese meist nicht vergütet werden. Nachbarländer setzen auf ein tarifübergreifendes und auf digitale Gesundheitsanwendungen zugeschnittenes Vergütungsmodell. Wie beurteilt der Bundesrat die Einführung eines solchen Vergütungsmodells für die Schweiz?

22.7796 Porchet. AHV-Mischindex: Wenig verlässliche Daten zu den Löhnen?

Bei der Berechnung des AHV-Mischindex muss sich der Bundesrat auf eine solide Datengrundlage abstützen. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass der 2021 angekündigte Lohnrückgang nicht der Realität entspricht, da die Daten durch die Coronapandemie verfälscht wurden. Wie beabsichtigt der Bundesrat mit der Unsicherheit bei der Datenlage zu den Löhnen umzugehen?

22.7805 Herzog Verena. Informationsdefizit aufholen und schnellen Zugang zu prophylaktischem Schutz vor Covid-19 für Hochrisikopatienten sicherstellen

Rund 10 000 Hochrisikopatienten sind dringend auf Covid-Prophylaxe angewiesen. Der Bund hat 5000 Dosen beschafft. Diese sind seit Mai verfügbar, doch bis heute wurden nur wenige hundert Patienten behandelt. Was unternimmt das BAG, um die betroffenen Patienten und deren betreuenden Ärzte über die bestehenden Therapieoptionen zu informieren und wie wird ein schneller und unbürokratischer Zugang sichergestellt?

22.7808 Friedli Esther. WHO Pandemiepakt "legally binding" (rechtsverbindlich)?

Die Schweiz hat mit ihrer relativ eigenständigen Coronapolitik gute Erfahrungen gemacht. Der geplante WHO-Pandemiepakt könnte diese Eigenständigkeit aufs Spiel setzen.

1. Ist vorgesehen, dass der WHO-Pandemie Pakt rechtsverbindlich von der Schweiz übernommen werden muss?
 - Falls ja, alles oder nur Teile davon?
 - Falls nur teilweise: in welchen Bereichen wäre der Pakt rechtsverbindlich?
2. Welche evidenzbasierten Gründe gibt es, dass hier die nationale Souveränität eingeschränkt werden soll?

22.7817 Schwander. Gleich lange Spiesse

Die grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen im ambulanten Bereich zwischen Liechtenstein und der Schweiz wurden im Notenwechsel von 1938/39 festgelegt. 2004 führte Liechtenstein die Bedarfsplanung ein und schränkte einseitig die Patientenmobilität ein. Eine im 2017 vereinbarte Anpassung scheiterte an der Zustimmung des liechtensteinischen Landtags. Ist der Bundesrat bereit, den rechtsgültigen Notenwechsel durchzusetzen und Verhandlungen aufzunehmen, um gleich lange Spiesse zu schaffen?

22.7821 Studer. Alkohol- und Tabaktestkäufe im Online-Handel

Der Bundesrat stellt in der Ip. 22.3733 Feri fest, dass auch mit den neuen gesetzlichen Grundlagen Testkäufe bei Tabak- und Alkoholprodukte im Online-Handel nicht möglich sind. Er weist auf die laufende Revision des Zollgesetzes hin, wo eine gesetzliche Grundlage im Lebensmittelgesetz vorgesehen ist.

Da die Botschaft schon erstellt ist, stellen sich folgende Fragen:

- Haben diese Online-Testkäufe Eingang gefunden?
- Falls nicht, wie stellt der Bundesrat sicher, dass dies noch Eingang finden wird?

22.7824 Weichelt. Pendenzen Finanzierung Leistungen bei Demenz

Die Verbände der Leistungserbringenden der ambulanten und stationären Pflege und die GDK haben im Sommer 2017 einen Antrag auf Erweiterung und Konkretisierung der Pflegeleistungen in der KLV bzgl. Finanzierung von Demenzerkrankung gestellt. Gemäss Informationen von Bundesrat Berset anlässlich der Ständeratsdebatte 19.4194 sollen immer noch Fragen unbeantwortet sein.

Der Bundesrat ist gebeten, Auskunft zu geben über: "Wer muss welche Fragen beantworten und seit wann sind die Antworten ausstehend?"

Justiz- und Polizeidepartement**22.7731 Aeschi Thomas. Welche Massnahmen unternimmt der Bundesrat aufgrund des BGer-Entscheids 4A_496/2021?**

In E. 3.5 wird festgehalten, dass das VR-Mandat bei unterlassener Einberufung der GV oder vergessener (Wieder-)Wahl am letzten Tag der Frist gemäss Artikel 699 Absatz 2 OR endet, an dem die fragliche GV bzw. (Wieder-)Wahl spätestens hätte stattfinden sollen. Rein formal-juristisch wären neu etwa Einberufungsbeschlüsse für die GV durch nicht gewählte VR nichtig. Entsprechende GV-Beschlüsse ebenfalls. Ferner weist die Gesellschaft einen Mangel gemäss Artikel 731b OR auf. Auch die Haftung ist nicht geklärt.

22.7736 Page. Migrationsrouten und der Ukraine-Konflikt

Wie hat sich die Situation auf den "klassischen" Migrationsrouten seit dem 24. Februar entwickelt, und wie wird sie sich nach Einschätzung des Bundesrates in näherer Zukunft entwickeln?

Diese Frage betrifft insbesondere die Hauptmigrationsrouten (Balkan, Mittelmeer) und mögliche Änderungen dieser Routen aufgrund bzw. während des Konflikts in der Ukraine.

22.7738 Bircher. Status S: Szenarien für den Winter

Beinhalten die Szenarien des SEM von 80 000 bis 120 000 Schutzsuchenden bis Ende Jahr auch Personen die aufgrund von Energieversorgungsengpässen aus der Ukraine fliehen, sowie Wanderungsbewegungen aus Osteuropäischen Ländern wie Polen oder Ungarn?

22.7739 Bircher. Asyl: Türkei das "neue Eritrea"?

Die Asylgesuche aus der Türkei steigen schon seit zwei Jahren an.

- Mittlerweile sind Personen aus der Türkei die zweithäufigsten Gesuchsteller in der Schweiz?
- Was sind die Gründe und wie ist die Anerkennungs- respektive Schutzquote?
- Wird die Türkei längerfristig das "neue Eritrea"?

22.7740 Bircher. Illegale Migration: Risiko bei erhöhter Grenzkontrolle durch Frankreich

Die Zahlen der illegalen Migration können dieses Jahr dreimal so hoch werden wie die Jahre zuvor.

Da wir kein Rückübernahmeabkommen mit Österreich haben, stellt sich die Frage, was passiert, wenn Frankreich ihre Grenzkontrollen verschärfen würde und die illegalen Migranten an die Schweiz zurückstellen würde?

22.7759 Wobmann. Umsetzung Verhüllungsverbotsinitiative

Am 7. März 2021 haben Volk und Stände der Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" zugestimmt. Die entsprechende Ausführungsgesetzgebung sollte innert zwei Jahren erarbeitet werden.

Wie sieht nun der aktuelle Stand aus?

22.7778 Molina. Wie unterstützen die Schweizer Botschaften die Dokumentenbeschaffung für den bewilligten Familiennachzug?

Selbst wenn die Bedingungen für den Familiennachzug aus Afghanistan erfüllt sind und die Angehörigen in die Schweiz einreisen dürften, ist dies häufig unrealistisch, da die verlangten Ausweisdokumente nicht zu beschaffen sind. Seit Februar 2022 findet ein Austausch zwischen den Auslandsvertretungen in Islamabad, Teheran und Istanbul, der Konsularischen Direktion des EDA und dem SEM statt.

Welche "best practice" hat sich dabei zur Dokumentenbeschaffung für den Familiennachzug entwickelt?

22.7779 Atici. Familiennachzug: Warum werden Angehörige zur Dokumentenbeschaffung zurück in die Heimat geschickt?

Es gibt keine einheitliche Anforderung an die beizubringenden Dokumente für den Familiennachzug. Dennoch fordern Schweizer Botschaften Angehörige vor Ort oft dazu auf, sich zwecks Dokumentenbeschaffung an die heimatlichen Behörden zu wenden. Afghan*innen etwa, die sich in einem Drittstaat (z.B. Pakistan) aufhalten, werden dazu zurück nach Kabul geschickt. Dies ist ein klarer Verstoss gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Praxis und worauf basiert sie?

22.7785 Bircher. Milliardenkosten durch bleibende Ukraine-Flüchtlinge

Im Voranschlag 2023 kalkuliert der Bund bei den Kantonsbeiträgen für die Ukraine-Flüchtlinge mit durchschnittlich 100 000 Personen übers ganze Jahr. Dies verursacht Kosten von 1,7 Milliarden Franken.

1. Ist der Bundesrat bereit, die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine bei 75 000 Personen zu deckeln?

2. Gibt es eine Möglichkeit Ukrainer aus sicheren Gebieten zur schnellen Rückkehr zu bewegen und damit Schutzbedürftigen Platz zu machen?

22.7813 Buffat. Gesundheitskosten von Asylsuchenden und von Ausreisepflichtigen

Seit dem 1. Juni 2019 nimmt der Versicherer CSS schweizweit alle Asylsuchenden und Ausreisepflichtigen in die obligatorische Krankenpflegeversicherung auf. Per 2021 wurde die Jahresfranchise für neu versicherte Erwachsene von 300 auf 1500 Franken angehoben.

- Wie hoch sind die Gesundheitskosten der in einem Bundesasylzentrum untergebrachten Personen seit 2019 jährlich?

- Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten pro betroffene Person?

22.7828 Aeschi Thomas. Migrationskrise 2022/23: Ist der Bundesrat bereit, die Schweizer Bevölkerung vor der nächsten Migrationswelle zu schützen?

Die Zahl der aufgegriffenen illegalen Einwanderer betrug 2020 11 043 Aufgriffe und 2021 18 859 Aufgriffe (BAZG-Statistik). Im August 2022 sind die Zahlen explodiert.

- Wie hoch ist die irreguläre Migration in Österreich, Italien, Osteuropa und dem Balkan?
- Wie ist die Lage im Vergleich zur Migrationskrise 2015/16?
- Was unternimmt der Bundesrat, um die illegale Einreise in die Schweiz zu unterbinden?
- Erwägt der Bundesrat die Einführung von systematischen Grenzkontrollen, analog zu Schweden/Dänemark 2015/16?

22.7831 Widmer Céline. Einführung Botschaftsasyl für russische Kriegsdienstverweigerer

Präsident Putin hat am 21. September die Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte beschlossen.

- Wie unterstützt der Bundesrat russische Kriegsdienstverweigerer?
- Ist er bereit, dazu kurzfristig und temporär das Botschaftsasyl wieder einzuführen?
- Setzt er sich im Schengen-Raum für eine solidarische Lösung zur Unterstützung von russischen Regimekritiker*innen ein?

Finanzdepartement

22.7744 Dettling. Persönliche Mitarbeiter Bundesrat

- Wie viele persönliche Mitarbeiter von Bundesräten stehen aktuell auf der Lohnliste der Eidgenossenschaft?
- Wie viele persönliche Mitarbeiter sind aktuell pro Bundesrat angestellt? (bitte pro Bundesrat aufführen)
- Wie hat sich deren Anzahl in den letzten 20 Jahren entwickelt?
- Wie gross ist die Kommunikationsabteilung pro Bundesrat?
- Wie hat sich diese Abteilung in den letzten 20 Jahren entwickelt?

22.7747 Locher Benguerel. Zielvorgabe Frauenanteil 40 Prozent - ist der Bundesrat auf Kurs?

Bis Ende 2023 soll ein Frauenanteil von 40 Prozent in allen Leitungsorganen bundesnaher Betriebe gelten. Gemäss Ip. 21.3057 wird der Stand der Zielerreichung jährlich im Kaderlohnreporting überprüft. Die jüngsten Zwischenzahlen zeigen, dass elf Organisationen z.T. noch weit vom Ziel entfernt sind:

- Welche verstärkten Massnahmen unternimmt der Bundesrat bei den betroffenen Unternehmungen, um die Zielvorgabe bis Ende 2023 zu erfüllen?
- Denkt er, dass die Zielvorgabe erreicht werden kann?

22.7758 Wobmann. Veränderung Katasterwerte

Im Kanton XY werden die Katasterwerte erhöht. Damit erhöht sich auch das massgebliche Vermögen.

Ist daher meine Annahme richtig, dass sich auch die Stellgrössen im interkantonalen Finanzausgleich für diesen Kanton erhöhen?
Falls ja, um welchen Prozentsatz?

22.7801 Addor. Handlungsmöglichkeiten des Bundesrates bei der SGG

Vor einigen Jahren versuchte die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), die Bevölkerung für einen neuen Text für die Nationalhymne zu begeistern. Das Vorhaben, weit weg von den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, fand keinen grossen Anklang bei der Bevölkerung und ist schliesslich krachend gescheitert. Trotzdem nützt die SGG ihre Zuständigkeit für die Verwaltung der Rütliwiese zur Verbreitung des falschen Texts. Welche Handlungsmöglichkeiten, vom Entzug der Verwaltung der Rütliwiese über eine an Bedingungen geknüpfte finanzielle Unterstützung bis hin zum Erlass von Weisungen, hat der Bundesrat in dieser Angelegenheit?

22.7827 Guggisberg. Schuldenbremse in Gefahr?

Im Voranschlag 2023 rechnet der Bund in den Finanzplänen ab 2024 mit grossen Defiziten im ordentlichen Haushalt. Die Schuldenbremse wird deshalb ab 2024 nicht mehr eingehalten.
Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, damit die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse auch in Zukunft eingehalten werden kann?

22.7829 Fivaz Fabien. Wehrpflichtersatzabgabe: Welche Folgen hat der Bundesgerichtsentscheid?

Infolge des Inkrafttretens des WPEG im Jahr 2019 wurden von den Kantonen rückwirkend Zahlungen für das Jahr 2018 eingefordert, insbesondere von eingebürgerten Männern über 30. In einem Urteil vom 4. Mai 2022 hat die Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts befunden, dass die Rückwirkung nicht rechtmässig war, und annullierte die Abgabe des Beschwerdeführers für das Jahr 2018.

- Welche Folgen hat dieser Entscheid auf Bundesebene?
- Sind alle rückwirkend eingeforderten Abgaben rückerstattet worden?